Dokumentation

Grundlegender Wandel der Politik?

(Brief des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte an den Vorsitzenden der SPD, Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 24. Juni 1999)

Lieber Gerhard,

Veränderungsdebatten tun Not. Nicht nur politische Gegner vermissen programmatische Festlegungen für das, was von den Autoren in Deutschland „Neue Mitte" oder in Großbritannien der „Dritte Weg" genannt wird.

Wenn die Vorsitzenden der SPD und der Labour Party einen Vorschlag mit der Überschrift "Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten" vorlegen, dann erwartet man fundierte Analysen und praktische Vorschläge, bei denen auch Bezug genommen wird auf die bisherige Debatte innerhalb der Sozialdemokratischen Parteien Europas.

Leider kommt deren Mailänder Erklärung vom Frühjahr diesen Jahres in euren Überlegungen nicht vor. Dies halte ich für einen Mangel. Andererseits finde ich vieles von dem wieder, was auch in der Britisch-Spanischen Erklärung zur Beschäftigung und Wirtschaftsreform enthalten ist, die Premierminister Blair und Ministerpräsident Aznar im April diesen Jahres vorgelegt haben. Zu dem etwas weniger stark theoretisch und ideologisch ambitionierten Papier von Blair und Aznar sehe ich deutliche Parallelen bis hinein in zentrale Formulierungen. Dies gibt mir zu denken. Ich teile zwar eure Auffassung, dass die meisten Menschen ihre Weltsicht längst nicht mehr nach dem Dogma von Links und Rechts einteilen, aber die Unterschiede zwischen Herrn Aznar und den Sozialdemokraten kommen bei einem Quervergleich der Papiere nicht ausreichend zum Ausdruck.

Dies mag ein erster Grund dafür sein, dass euer Vorschlag nach meiner Beobachtung nicht viel Zustimmung erfahren hat.

Ein anderer Grund dürfte sein, dass eine jede Zukunftsdebatte von vornherein Missverständnisse vermeiden sollte; andernfalls droht ein Auseinanderdriften von einzelnen Gruppen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien Europas. Ein solches Missverständnis ist schon beinahe vorprogrammamiert, wenn von der aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erstmals in der Mitte des Textes und dann auch noch eher beiläufig die Rede ist. Auch halte ich den abwertenden Unterton eurer Bemerkungen zur sozialdemokratischen Politik der "Vergangenheit" für gänzlich unnötig. Hier wird eine Kunstfigur aufgebaut, die keinen Bezug zu den Leistungen der sozialdemokratischen Führungspersönlichkeiten der vergangenen 50 Jahre hat. ("Konformität und Mittelmäßigkeit"; "Ausweitung von Verwaltung und Bürokratie"; "universelles Sicherungsstreben"; "moderne" Sozialdemokraten u.s.w.).

Das vorweggeschickt, möchte ich erst einmal von unseren Grundwerten, Visionen und Zielen sprechen, und von Erfahrungen und Wissen über Erfolge und Misserfolge bei dem Bemühen, solche Werte und Ziele umzusetzen.

Die Gewerkschaften lassen sich von der Vision einer lebenswerten Zukunft leiten, in der Frei-

heit, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologische Verantwortung gewährleistet sind. Wir wollen auch zukünftig die humanen und sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen der Menschen, für die Erwerbsarbeit Grundlage ihrer Lebensplanung und Lebensgestaltung ist, vertreten. Wie solche Ziele Schritt für Schritt umgesetzt werden können, ist für uns der Maßstab sowohl für programmatische Texte als auch für die praktische Politik.

Ihr geht von einer ähnlichen Grundwerteorientierung aus. Fairness, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere sind, wie ihr schreibt, zeitlose Werte, die die Sozialdemokratie niemals preisgeben wird, und das ist gut so. Das muss vor allen Dingen heißen, sich eben nicht an Bedingungen anzupassen, sondern alles darauf zu setzen, die Bedingungen so zu gestalten, dass solche Werte so weit es nur eben geht verwirklicht werden können. In diesem Sinne muss die Modernisierung von Politik vorangebracht werden. Dazu gehört Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit, dazu zählt aber auch das Benennen der Grenzen politischer Gestaltungsmöglichkeiten.

Wie gelingt der Abbau von Arbeitslosigkeit und wie lässt sich soziale Gerechtigkeit verwirklichen? Das sind - vor dem Hintergrund von Globalisierung und europäischem Einigungsprozess - aus meiner Sicht die wichtigsten Herausforderungen für die Politik.

Ich begrüße und unterstütze es, wenn ihr diese Herausforderungen durch die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und auch des Sozialstaates lösen wollt. In der Tat: Nur mit innovativen Unternehmen und mit hoch qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird Europa dauerhaft seinen Platz in der Weltwirtschaft halten und ausbauen können. Und nur so wird es möglich sein, die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit nachhaltig abbauen und den Wohlstand unserer Gesellschaft sichern und ausbauen zu können. Wir in den Gewerkschaften treten seit langem für eine so verstandene Modernisierung ein.

Wir haben ja in Deutschland eine spezifische Erfahrung aus 16 Jahren konservativ-liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Auch sie hatte einen Modernisierungsanspruch, nur hat sie ihn allzu oft mit dem Irrglauben verbunden, der Markt werde schon alles richten, wenn sich nur der Staat zurückzieht und möglichst viel dereguliert und privatisiert wird. Erleben mussten wir, dass so die Modernisierung nicht zu schaffen ist. Vielmehr hat die Arbeitslosigkeit genau so wie soziale Ungerechtigkeit zugenommen. Zugleich bestätigen die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern - ich nenne als Beispiel die Niederlande oder Dänemark -, dass aktives staatliches Handeln nötig ist, um die Modernisierung voranzutreiben und ihr eine Richtung zu geben.

Wie könnte diese Richtung aussehen? Ihr betont sehr stark die "wissensgestützte Dienstleistungsgesellschaft". Was mir dabei fehlt ist, die Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik zu berücksichtigen. Wir unterscheiden uns von anderen europäischen Ländern (z. B. die Niederlande oder Großbritannien) durch einen sehr starken, hochproduktiven und exportorientierten industriellen Sektor, z. B. die Automobil-, die Maschinenbau- oder die chemische Industrie. Er wird trotz des – notwendigen - Wachstums des Dienstleistungssektors weiterhin für Deutschlands Zukunft wichtig bleiben. Mehr noch: Diese Besonderheit eröffnet Chancen, dem Komplex von industrieller Produktion, Dienstleistungen und Informationsindustrie ein besonderes, hochgradig wettbewerbsfähiges Profil zu geben. Warum führen wir über *diesen* Entwicklungspfad keine öffentliche Diskussion? Ich schlage vor, zu versuchen, die hier schlummernden Potentiale und unentwickelten Zukunftschancen auszuschöpfen.

Dies ist im übrigen einer der Gründe für unsere Skepsis gegenüber neuen Niedriglohnsektoren, zumal, wenn - wie in eurem Papier - die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten als Beispiel herangezogen werden.

Nach meiner Überzeugung muss jede Modernisierungsstrategie an unseren Stärken anknüpfen, muss diese aufgreifen und ausbauen. Wir sind ein Hochlohnland, und wir wollen dies auch bleiben. Wir können ein Hochlohnland sein und bleiben, so lange es uns gelingt, unsere im Vergleich zu anderen Ländern hohe Produktivität und Innovationsfähigkeit zu halten und zu steigern.

Deswegen sind wir seit Jahren der Auffassung, dass sowohl für die so genannte „harte" Infrastruktur (z. B. Verkehr, Kommunikation) als auch für sog. „weiche" Standortfaktoren (z. B.

Bildung, Wohnungs- und Städtebau, oder leistungsfähige und durchaus leistungsfähigere öffentliche Dienstleistungen) dauerhaft genügend Geld zur Verfügung gestellt werden muss. Ohne Zweifel gehört die Infrastruktur auch in Zukunft zu den wesentlichen Standortvorteilen Deutschlands und Europas. Wir sollten diesen Trumpf auch für die Zukunft nicht aus der Hand geben. Deshalb muss an den Stärken festgehalten und an den Schwächen gearbeitet werden, und dazu gehört sicher auch ein höheres Maß an Effizienz. Ein moderner leistungsfähiger öffentlicher Sektor ist für mich unverzichtbar für einen strikten Modernisierungskurs und für die Lebensqualität der Bürger.

Im übrigen tragen öffentliche Investitionen in solchen Bereichen auch zu einer stabileren Binnenkonjunktur bei. Bei aller Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung darf diese nicht so weit gehen, dass Konjunktur und Wachstum abgebremst werden, denn dann drohen wieder mehr Arbeitslosigkeit und höhere soziale Ungerechtigkeit. Hier wird zugleich deutlich, dass ein Streit über eine eher angebots- oder eine eher nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik einen mehr akademischen Charakter hat: Angebotsorientierte Instrumente wie der Ausbau der Infrastruktur können zugleich auch als nachfrageorientierte Instrumente wirken.

Natürlich bestehen unsere ausbaufähigen Stärken nicht nur in unserer Infrastrukturausstattung. Sogar an erster Stelle wäre die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu nennen. Ich halte es deshalb für unverzichtbar, eine umfassende Qualifizierungsoffensive zu starten. Nötig ist aber auch, die Forschung und Entwicklung weiter voranzutreiben und Prozess- und Produktinnovationen zu fördern. In diesen Zusammenhang ordne ich auch die Förderung von Ausgründungen und selbständigen Existenzen ein. Es ist offensichtlich, dass dies ganz unmittelbar zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und zu mehr Arbeit beiträgt.

Innerhalb dieser Schwerpunkte bleibt es für mich unverzichtbar, den Aufbau Ost mit hoher Priorität voranzutreiben, auch wenn ich es verstehe, dass dies in einem für die Sozialdemokratie auf europäischer Ebene bestimmten Papier nicht ausführlich betont werden kann.

Dies muss keineswegs heißen, öffentliche Ausgaben und mit ihnen die öffentliche Verschuldung in immer neue Höhen zu treiben. Diesem Teil eurer Vorschläge stimme ich zu. Andererseits sehe ich nicht, dass es ein Ziel an sich wäre, unabhängig von einer Haushaltskonsolidierung die staatlichen Ausgaben zu kürzen, und dass die Höhe der Staatsausgaben mehr oder weniger die Grenze der Akzeptanz erreicht habe. Nach meiner Überzeugung hängt die Akzeptanz von Steuern und Abgaben vielmehr davon ab, ob die Gesamtsumme der staatlichen Leistungen, von der Infrastruktur über die öffentlichen Dienstleistungen und die wirtschaftspolitischen Aktivitäten bis hin zu den sozialstaatlichen Leistungen von den Bürgern und auch von den Unternehmen als befriedigende Gegenleistung akzeptiert werden. Natürlich ist es eine denkbare Strategie, die öffentlichen Ausgaben und Aufgaben stark zu kürzen und Steuern drastisch zu senken - aber den Preis dafür können wir in vielen Ländern sehen, die einen solchen Weg gewählt haben: Eine mehr oder weniger verrottete Infrastruktur, ein darniederliegendes Bildungssystem, oder eine privat zu kaufende innere Sicherheit. Ich sehe nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung hier bei uns einen solchen Weg will.

Daneben spielt natürlich auch die Überschaubarkeit und Gerechtigkeit des Steuer- und Abgabensystems eine große Rolle. Ein einfaches und gerechtes Steuer- und Abgabensystem zu schaffen ist für mich eine besonders vordringliche Aufgabe der Regierung.

Nur nebenbei möchte ich anmerken, dass ich mir wünschen würde, wenn in den Gesprächen über ein Bündnis für Arbeit verstärkt auch über solche grundsätzlichen Fragen der Modernisierung und der Innovationsförderung diskutiert werden würde. Wenn auch der Staat mit seiner Forschungs- und Entwicklungspolitik und mit seinen Infrastrukturinvestitionen wesentliche Impulse für die Modernisierung der Wirtschaft gibt, so bleibt aber doch letztendlich das Handeln in den Betrieben und Verwaltungen für Innovationen ausschlaggebend. Es besteht deshalb auch ein Handlungsbedarf für die Tarifvertragsparteien ebenso wie für die Unternehmensleitungen und die Betriebs- und Personalräte.

Die Arbeitsmarktpolitik und dahinter stehend das Sozialstaatsverständnis ist ein Themenfeld, über das wir noch intensiv diskutieren müssen.

Zunächst möchte ich zugestehen, dass euer Papier die wesentlichen Unterschiede zwischen den britischen und deutschen Sozial- und Arbeitsmarktverhältnissen nicht deutlich genug herausarbeiten kann, weil ihr auf gemeinsame Lösungsansätze der "neuen Sozialdemokraten" abstellt. Im Ergebnis wird aber ein völlig verzerrtes Bild gezeichnet.

Die strukturellen Schwächen des britischen nationalen Gesundheitsdienstes zum Beispiel sind nach 17 Jahren konservativer Regierung so groß, dass Vergleiche zwischen der deutschen Gesundheitsreform und den britischen Reformnotwendigkeiten in die Irre führen. Für mehr als gewagt halte ich auch den von euch angestellten Vergleich zwischen unserer Debatte um die Reform der Alterssicherung und dem britischen Bemühen, die weit verbreitete Altersarmut abzubauen. Das britische Sozialleistungssystem mit seinen einkommensbezogenen Beiträgen, aber pauschalierten Leistungen auf niedrigem Niveau fordert bereits jetzt den Höherverdienenden ein recht hohes Mass an Solidarität ab. Sie erhalten im Versicherungsfall kaum einen Gegenwert für ihre Beiträge. Die pauschalierte Arbeitslosenunterstützung liegt bei unter 700 DM pro Monat. Wenn, dann kann man hier von "Gleichheit im Ergebnis" sprechen, um einen eurer bevorzugten Begriffe aufzugreifen.

Die Realität in der Bundesrepublik dagegen hat nun wirklich nichts mit "Gleichheit im Ergebnis" und schon gar nicht mit Gleichmacherei zu tun. Was ich sehe, ist eine differenzierte Sozialstruktur, die von erheblichen Unterschieden in Bezug auf Haus - und Grundbesitz, Einkommens- und Rentenhöhe gekennzeichnet ist. Es mag eine Sichtweise „traditioneller" Sozialdemokraten sein, aber es ist eine, die soziale Gerechtigkeit auch und gerade auf die nach wie vor riesengroße Diskrepanz bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen bezieht, denn dies sagt viel über Gerechtigkeit bei den Lebenschancen der Menschen aus.

Auch die stark unterschiedliche Lage der tariflichen Einkommen und damit verbunden der Lohnersatzleistungen spricht eher für Flexibilität und branchenbezogene Differenzierung als für Gleichmacherei.

Trotzdem will ich gerne bestätigen, dass manche Ansatzpunkte des Sozialstaates an heutige Verhältnisse angepasst werden müssen. Bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik beispielsweise sind einige Instrumente - z. B. Lohnkostenzuschüsse - mit hohen Mitnahmeeffekten verbunden, und andere Instrumente - z. B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - führen in der Praxis oft nur zu „Maßnahmekarrieren", ohne dauerhafte Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Es ist nötig, solche Schwachstellen zu beseitigen. Andererseits wüsste ich gerne, was denn konkret gemeint ist, wenn an mehreren Stellen eurer Vorschläge betont wird, dass zukünftig die Unternehmen nicht mehr in Regulierungen und Paragraphen ersticken dürften, es mehr Flexibilität geben müsse und es Kleinunternehmen im besonderen erleichtert werden müsse, neues Personal einzustellen. Ist zum Beispiel der Kündigungsschutz gemeint?

Aber es geht ja in diesem Zusammenhang weniger um einzelne Instrumente. Stattdessen will ich nach den grundsätzlichen Alternativen fragen. Meine Antwort will ich gleich hinzufügen: Ich sehe keine grundsätzliche Alternative zur aktiven Arbeitsmarktpolitik, so lange eine so große Differenz zwischen registrierten Arbeitslosen und freien Stellen besteht (nämlich in einem Verhältnis von fast 9:1, in Ostdeutschland sogar 16:1) und sich der Sockel der Langzeitarbeitslosen mehr und mehr verfestigt. Und mehr noch: Ihr schreibt selbst in euren Vorschlägen, dass es durchaus freie Stellen bei einem Mangel an angemessen qualifizierten Bewerbern gibt. Aber genau das verweist doch besonders anschaulich auf die Notwendigkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik – und auf die Verpflichtung der Unternehmen, ihrerseits durch eine entsprechende Aus- und Weiterbildungspolitik solche Diskrepanzen auszuschließen. Ich bin sicher: In einer solchen Situation kann kein Arbeitsloser etwas damit anfangen, nur an seine Pflichten erinnert zu werden. Stattdessen ist es gerade dann, wenn die Eigenverantwortung der Menschen stärker betont und "das Sicherungsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umgewandelt" werden soll, an erster Stelle nötig, die Betroffenen erst einmal in die Lage zu versetzen, ihrer Eigenverantwortung gerecht werden zu können. Die gezielte(re) Beratung gehört dazu ebenso wie die Qualifizierung und die Bereitstellung von Arbeitsmarktbrücken.

Allgemeiner ausgedrückt: Nach wie vor besteht die Aufgabe des Sozialstaates darin, zu helfen und zu fördern, soweit dies notwendig ist, und die Menschen dann und so lange zu schützen und abzusichern, wie eigene Bemühungen und sozialstaatliche Hilfs- und Förderangebote zu keinem vernünftigen Ergebnis führen. Anders lassen sich unsere Grundwerte wie Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere nicht verwirklichen. Ich spreche daher nach wie vor nicht von einer "Neuen Mitte", sondern von der Vision einer solidarischen Gesellschaft.

Dass es daneben wichtig ist, mit mehr Mut neue arbeitsmarktpolitische Instrumente zu erproben, steht auf einem anderen Blatt. Die „Experimentiertöpfe" der Arbeitsämter sind dazu sicher ein erster Schritt. Anregen möchte ich, aus positiven Erfahrungen im europäischen Ausland zu lernen; dazu gehört vor allem auch das dänische job-rotation-Modell, ein Modell, das mit seiner Kombination aus Weiterbildung von Beschäftigten und (befristeter) Beschäftigung von Arbeitslosen gut zu einem Modernisierungskurs passt.

Weitaus mehr als „nur" eine Form der Arbeitsmarktpolitik kann die Arbeitszeitpolitik sein. Dass sie in euren Vorschlägen nicht angesprochen wird, ist eine für mich unverständliche Lücke. Ich halte es nach wie vor für eine Illusion, anzunehmen, allein nur durch höheres Wirtschaftswachstum so viel an neuen Arbeitsplätzen schaffen zu können, dass es möglich wird, zum einen die Produktivitätszuwächse der nächsten Zeit aufzufangen und zum anderen die bereits vorhandene Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen. Aber es geht bei der Arbeitszeitpolitik keineswegs nur um eine eher defensive Anpassung an die Arbeitsmarktlage. Wir in den Gewerkschaften wollen versuchen, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Vielzahl von möglichen Angeboten für eine kürzere und zugleich für eine stärker selbstbestimmte Arbeitszeit zu schaffen. Hierdurch können sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – auf der Grundlage abgesicherter Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten – Handlungsoptionen eröffnen, um ihr Erwerbsleben stärker an ihre individuelle Lebensplanung anpassen zu können. Es geht auch bei der Arbeitszeitpolitik um Beiträge zur Verwirklichung von Grundwerten wie mehr Freiheit, Eigenständigkeit und individuelle Entscheidungsmöglichkeiten und, nicht zuletzt, um Beiträge zu mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern. Ich weiß, dass auch dies wie eine Vision klingt – aber es lohnt sich, hierfür einzutreten. Deshalb hoffen wir hier nach wie vor auf tatkräftige Hilfe aus der SPD und auch von der Regierung, am besten schon bei unserem nächsten Gespräch über ein Bündnis für Arbeit.

Eine zweite und ebenso schmerzhafte Lücke ist aus meiner Sicht, dass in euren Vorschlägen viel von Verantwortlichkeit von Arbeitnehmern gesprochen wird, aber mit keinem Wort auf die Verantwortlichkeit der Unternehmer eingegangen wird, noch nicht einmal auf die für hinreichend Ausbildungsplätze. Auch hier hoffen ich aber nach wie vor auf tatkräftige Hilfe aus der SPD und auch von der Regierung schon bei unserem nächsten Gespräch über ein Bündnis für Arbeit. Im Wahlprogramm der SPD steht gleich zu Beginn ein für mich sehr wichtiger Satz: „Unser Leitbild ist eine moderne Teilhabegesellschaft, in der alle ihren gerechten Anteil erhalten am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand." Teilhabegesellschaft schließt für mich auch die gemeinsame Verantwortung aller für die Entwicklung unserer Gesellschaft ein.

Lieber Gerhard, lass mich zum Abschluss noch einmal wiederholen: Trotz dieser Kritik halte ich es für richtig, dass du zusammen mit Tony Blair einen Vorschlag zur zukünftigen sozialdemokratischen Politik in Europa veröffentlicht hast. Und vor allem halte ich es für richtig, diesen Vorschlag intensiv zu diskutieren. Ich will mich gerne daran beteiligen.

Für falsch allerdings würde ich es halten, wenn es zutreffen sollte, was in den letzten Tagen hin und wieder über eure Vorschläge zu lesen und zu hören war: Die Befürchtung, dass mit ihnen ein grundlegender Wandel deiner Politik eingeleitet werden soll. Ich bleibe dabei, dass wir aus beschäftigungspolitischen Gründen und aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit einen Politikwechsel brauchten und weiter brauchen. Ihn haben jedenfalls die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am 27. September letzten Jahres gewollt.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Schulte